

Suchen...



Aktuelle Seite: [Startseite](#) ▶ [Deutschland](#) ▶ [Bundesländer](#) ▶ [Baden-Württemberg](#) ▶ [Grün-Rot in Baden-Württemberg verweigert Rehabilitierung von Berufsverbote-Opfern](#)

Montag, 25. Januar 2016

RedGlobe Nachrichten

- [Startseite](#)
- [RedGlobe Links](#)
- [Kontakt](#)
- [Deutschland](#)
 - [Wirtschaft & Gewerkschaft](#)
 - [Schule & Uni](#)
 - [Antifa](#)
 - [Friedensbewegung](#)
- [Umwelt](#)
- [Frauen](#)
- [Opposition](#)
- [Repression](#)
- [Kultur](#)
- [Medien](#)
- [Deutsche Geschichte](#)
- [Bundesländer](#)
 - [Baden-Württemberg](#)
 - [Bayern](#)
 - [Berlin](#)
 - [Brandenburg](#)
 - [Bremen](#)
 - [Hamburg](#)
 - [Hessen](#)
 - [Mecklenburg-Vorpommern](#)
 - [Niedersachsen](#)
 - [NRW](#)
 - [Rheinland-Pfalz](#)
 - [Saarland](#)
 - [Sachsen](#)
 - [Sachsen-Anhalt](#)
 - [Schleswig-Holstein](#)
 - [Thüringen](#)
- [Europa](#)
- [Nahe & Mittlerer Osten](#)
- [Nordamerika](#)
- [Asien](#)
- [Lateinamerika & Karibik](#)
- [Afrika](#)
- [International](#)

Festung Europa Beendet das Drama!	Türkei Stoppt den Krieg!	Griechenland im Würgegriff	Ukraine Frieden jetzt
Cuba Socialista Aus der neuen Welt	Venezuela Gegen die Putschisten		



Grün-Rot in Baden-Württemberg verweigert Rehabilitierung von Berufsverbote-Opfern

*Kategorie: [Baden-Württemberg](#)
Veröffentlicht: 22. Januar 2016*



Auch zum Ende ihrer Amtszeit hat sich die grün-rote Landesregierung und die sie tragende Parlamentsmehrheit nicht dazu durchringen können, die Menschen zu rehabilitieren, die als Linke in den 1970er und 1980er Jahren und sogar darüber hinaus vom »Radikalenerlass« betroffen waren. Wie die Initiative »40 Jahre Radikalenerlass« aus der Presse erfahren musste, haben es sowohl die Fraktion der SPD als auch die der Grünen in der zweiten Januarwoche abgelehnt, einen entsprechenden Antrag in den Landtag einzubringen. Im Vorfeld hatte

Ministerpräsident Kretschmann einigen Betroffenen schreiben lassen, man wolle die Rechtmäßigkeit der damaligen Verfahren auch im Hinblick auf mögliche künftige Ausschlüsse aus dem Öffentlichen Dienst nicht generell in Frage stellen.

Die grün-rote Landesregierung stellt sich mit diesen Entscheidungen bruchlos in die Tradition derer, die die mit den Berufsverböten verbundenen Grundrechtsverletzungen weiter legitimieren und sich ihre künftige Wiederbelebung vorbehalten wollen. Darüber hinaus stellt sie sich damit ein weiteres Mal hinter die Praxis des Inlandsgeheimdienstes, der den irreführenden Namen »Verfassungsschutz« trägt.

Damit sind die jahrelangen Bemühungen ehemaliger Betroffener und ein Runder Tisch, zu dem sie im Juni 2015 Abgeordnete von Grünen und SPD bewegen konnten, ergebnislos geblieben. Ausgerechnet die grün-rote Regierungsmehrheit in Baden-Württemberg, deren Ministerpräsident Kretschmann 1977 selbst als linker Lehrer Berufsverbot erhalten hatte, fällt damit weit hinter die Landesparlamente von Bremen und Niedersachsen zurück, die 2011 und 2014 den Radikalenerlass für Unrecht erklärt und die Betroffenen rehabilitiert hatten.

Die Initiativgruppe, die sich 2011 zum 40. Jahrestag des Radikalenerlasses gegründet hat, wird auch unter einer neuen Landesregierung dafür kämpfen, dass die Betroffenen der Berufsverbötenpolitik endlich rehabilitiert und bei Altersarmut entschädigt werden. Es muss ein für alle Mal Schluss gemacht werden mit der Bespitzelung, Einschüchterung und Verfolgung linker Oppositioneller. Diese Forderungen haben nach GEW und DGB Niedersachsen im Herbst 2015 auch der ver.di-Bundeskongress und der IG Metall-Gewerkschaftstag beschlossen. Anlässlich der letzten Landtagssitzung am 17. Februar, 15:30 Uhr, werden Betroffene vor dem Landtag ihren Protest kundtun.

Solidaritätsanzeige



Europa

[Kommentar schreiben](#)

JComments

Nahe & Mittlerer Osten

Ähnliche Beiträge

Nordamerika

Poststreik: Solidaritätsbesuch aus Nicaragua

Asien

39. Markgräfler Friedenswochen: Frieden ist die beste Flüchtlingshilfe!

Lateinamerika & Karibik

DGB und Grüne fordern Rehabilitierung von Opfern der Berufsverböte

Afrika

International